



# Miltalbadener Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Bezugspreis monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Adressen: Nr. 30 bei der Oberamtspoststelle Neuenburg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Haberle & Co., Wildbad, Forchheimer Gewerbebank Fil. Wildbad. — Postfachkonto 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., außerhalb 30 Pf. — Restausgabe 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausbusterteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Zwangsvollstreckung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 237.

## „Seeabrüstung“ der andern

Präsident Coolidges Bemühungen ist es doch noch gelungen, eine Konferenz zur Besprechung von „Abrüstungsmahnahmen“ zusammenzubringen. Die Verhandlungen haben am Montag unter Teilnahme englischer, japanischer und nordamerikanischer Vertreter begonnen. Frankreich und Italien dagegen haben die Einladung Amerikas abgelehnt und sich erst auf wiederholte Aufforderung hin dazu herbeigelassen, wenigstens „Beobachter“ nach Genf zu entsenden. Auch Deutschland, das nicht eingeladen wurde, ist durch einen solchen „Beobachter“ vertreten, der bei den Verhandlungen nicht mitzureden hat.

Was will nun Nordamerika durch diese Konferenz erreichen? Um uns darüber klar zu werden, müssen wir zurückdenken an die Washingtoner Seeabrüstungskonferenz (November 1921 bis Februar 1922), als deren Fortsetzung die Genfer Zusammenkunft gedacht ist. In Washington haben England, Nordamerika, Japan, Frankreich und Italien einen Vertrag geschlossen, in dem für jeden dieser Staaten Zahl und Wasserverdrängung der Großkampfschiffe genau festgelegt wurde (England 525 000 Tonnen, Vereinigte Staaten ebensoviel, Japan 315 000 T., Frankreich 175 000 Tonnen, Italien ebensoviel). Kreuzer dürfen nur bis zu 10 000 Tonnen Größe gebaut werden. Alle anderen Schiffsklassen können ohne jede Einschränkung gebaut werden. Es handelt sich also eigentlich gar nicht um einen „Abrüstungsvertrag“, durch den die vorhandenen Rüstungen vermindert würden, sondern lediglich um ein Rüstungsabkommen, das den einzelnen Mächten Klarheit über die Stärke der andern an Großkampfschiffen gibt.

Wie wenig die Washingtoner Vertragsmächte selbst an die Entbehrlichkeit einer Kriegsstotte glaubten, konnte man am besten daraus erleben, daß als nächste Folge des „Abrüstungsvertrags“ ein starkes Wettrüsten in den kleineren Schiffsklassen einsetzte. In Frankreich z. B. wurde unmittelbar nach Abschluß des Washingtoner Vertrags ein Befehl über den Ausbau der Flotte angenommen, wonach von 1922 bis 1931 nicht weniger als 124 neue Kriegsschiffe gebaut werden sollten. Seither sind noch verschiedene weitere Schiffbauten genehmigt worden. Im ganzen ergibt sich gegenwärtig folgendes Bild:

	England	Ver. Staaten	Japan	Frankreich	Italien
Kreuzer, fertig	48	32	33	16	14
in Bau	14	5	6	5	2
geplant	9	13	4	2	3
<b>Σ</b>	<b>71</b>	<b>50</b>	<b>43</b>	<b>23</b>	<b>19</b>
U-Boote, fertig	55	121	58	44	42
in Bau	9	3	19	43	15
geplant	18	4	6	20	3
<b>Σ</b>	<b>82</b>	<b>128</b>	<b>83</b>	<b>107</b>	<b>60</b>

England beobachtet mit wachsendem Argwohn vor allem den Ausbau der französischen U-Bootflotte. Schon in Washington fiel das Wort, die französischen U-Boote seien eine auf die Brust Englands gerichtete Pistole. Was hat aber Nordamerika für ein Interesse daran, daß auch für den Bau der kleineren Kriegsschiffe obere Grenzen festgesetzt werden? Finanzielle Gründe scheiden bei ihm so ziemlich ganz aus. Coolidge und seine Marineberater haben jedoch aus dem Washingtoner Vertrag gelernt, daß es möglich ist, den künftigen Kriegsgegner schon im Frieden durch geschickte Diplomatie auf eine bestimmte Stärke seiner Rüstungen festzulegen. In Anbetracht der weltpolitischen Isolierung Japans hat dieser Staat in Washington sehr leicht abgesehen. Auf diese Wege will also Coolidge weitergehen, um den Vereinigten Staaten möglichst günstige Aussichten beim Ausbruch eines Krieges im Stillen Ozean zu verschaffen. Die ungeheuren Hilfsquellen Nordamerikas bieten ihm sichere Gewähr dafür, daß es im Kriegsfall seinen Gegner an Schnelligkeit der Flottenvermehrung weit übertrifft.

Schon in den ersten Vorschlägen, die auf der Genfer Dreierkonferenz gemacht wurden, treten die gegensätzlichen Ziele der Beteiligten offen zutage. Um nur eins herauszugreifen: England und die Vereinigten Staaten wollen das für die Großkampfschiffe festgesetzte Verhältnis 5:5:3 auf die Kreuzer übertragen, Japan dagegen beantragt Festsetzung der Stärke nach dem augenblicklichen Stand einschließlich der im Bau befindlichen Schiffe. Die Aussichten auf eine Einigung sind sehr gering, obwohl von Washington und London offiziell optimistische Auffassungen verbreitet werden. Zudem wird England kaum eine Bindung eingehen, ohne daß Frankreich daselbe tut.

Deutschland muß zusehen. Seine Flotte besteht aus einer Anzahl längst veralteter Schiffe, ein allein dastehendes Beispiel von Abrüstung zur See! Die Genfer Konferenz mag so oder so enden, sie wird auf jeden Fall wieder den Beweis liefern, wie wir uns hereinlegen lassen, als wir glaubten, mit der im Versailler Vertrag versprochenen Abrüstung der andern sei daselbe gemeint gewesen wie unsere Abrüstung.

### Japan gegen Amerikas Vorschläge

Tokio, 22. Juni. In Kreisen des Marineministeriums wird zu den Meldungen über den Verlauf der ersten Sitzung der Genfer Konferenz erklärt, daß der amerikanische Vor-

## Tagesspiegel

Am Mittwoch fand in Berlin eine Besprechung der deutschen Finanzminister statt.

Aus Frankreich werden fortgesetzt Meutereien von Reservisten gemeldet.

Die rumänische Regierung ist zurückgetreten.

Schlag, das Stärkeverhältnis von 5:5:3 auf die Hilfschiffe auszudehnen, nicht als befriedigend betrachtet werden könne. Auch der Vorschlag auf Abschaffung der Unterseeboote könne nicht endgültig gebilligt werden. Ferner solle nicht an den durch die Washingtoner Abkommen geregelten Fragen gerührt werden, wie es England vorschlägt.

## Neue Nachrichten

### Stresemann unterrichtet die Parteiführer

Berlin, 22. Juni. Heute vormittag fand eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses statt, in der Dr. Stresemann und Staatssekretär Schubert die Führer der Regierungsparteien über die Genfer Besprechungen unterrichteten. Der Auswärtige Ausschuh des Reichstags wird am Freitag vormittag zusammentreten. Zunächst wird das Kriegsgesetz beraten, dann folgt die Behandlung des deutsch-italienischen Vertrags- und Schiedsgerichtsgesetzes. Eine Besprechung der Genfer Verhandlungen und ihrer Ergebnisse ist nicht vorgesehen, jedoch wird zweifellos der Ausschuh Gelegenheit nehmen, den Außenminister über den Stand der Locarnopolitik zu befragen. Die Pressegerüchte über Unstimmigkeiten innerhalb der Koalition anlässlich Genf sind um so unbegründeter, als diesmal in Genf keine Zusagen, keine deutschen Zugeständnisse gemacht worden sind. Für Poincarés Rede in Luneville kann man natürlich den deutschen Außenminister nicht verantwortlich machen.

### Scharfe Zentrumskritik an dem Genfer Mißerfolg

Berlin, 22. Juni. In der Zentrumspreffe werden die ergebnislosen Verhandlungen bei der Völkerbundstagung außerordentlich scharf kritisiert. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ die Tatsache, daß es nicht gelungen sei, eine Besatzungsverminderung zu erzielen, löse die stärkste Enttäuschung aus. Schon, daß man nicht die Räumung auf Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrags gefordert habe, bedeute eine starke Zumutung für die deutsche Öffentlichkeit. Wenn jetzt auch die Frage einer Truppenverminderung offen bleibe, dann könne man wirklich nicht mehr glauben, daß auf der Gegenseite ein ehrliches Spiel getrieben werde. Die „Schlesische Volkszeitung“ hat bei allem Pessimismus einen sehr völligen Fehlschlag wie den der eben abgeschlossenen Ratstagung doch nicht befürchtet. Ein Fehlschlag natürlich nur für Deutschland, denn Frankreich und Italien haben keine dringenden Wünsche zu befriedigen, im Gegenteil wird Frankreich jede Verzögerung der für uns brennenden Fragen immer begrüßen; England war aber so erfolgreich, daß es ideell doch seine Einheitsfront gegen Rußland zusammenbekam.

### Die Hindenburgspende für die Kriegsbeschädigten

Berlin, 22. Juni. Im Anschluß an den Aufruf zur Hindenburgspende anlässlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten wird mitgeteilt: Das Reich wendet gegenwärtig für die Versorgung der früheren Heeresangehörigen und ihrer Hinterbliebenen rund 1,3 Milliarden Mark im Jahr in Gestalt von Renten, für Heilverfahren usw. auf (ohne die Verwaltungskosten). Auch bei der besten Gesehgebung bleiben aber immer zahlreiche Fälle übrig, in denen nicht oder nicht ausreichend geholfen werden kann. Die Reichsregierung hofft, daß mit dem Ertrag der Hindenburgspende auf freierem und ungehindertem Weg manche Härten und Schwierigkeiten ausgeglichen werden können. Falls genügend große Mittel auskommen, ist — vorbehaltlich des Ergebnisses der noch schwebenden Verhandlungen — vorgesehen, aus dem größeren Teil der Spende eine Stiftung zu errichten, deren Verwaltung in den Händen eines Kuratoriums liegt, in dem die in Frage kommenden Kreise einschließlich der Länderregierungen usw. vertreten sind.

### Vaterländische Kundgebung des Königsberger Kirchentages

Königsberg, 22. Juni. Auf die großen Programmreferate über die Fragen von Kirche und Staat hat der Kirchentag in seiner Schlusssitzung mit einer einstimmig angenommenen vaterländischen Kundgebung geantwortet, in der es u. a. heißt: „Von ostpreussischem Boden, von der abgetrennten Grenzmark aus, auf welcher Not und Gefahr mit besonders schwerem Druck lasten, richtet der deutsche evangelische Kirchentag an die evangelischen Gemeinden ein Wort über Volk und Vaterland. Es gibt eine Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe, die über Bolkergrenzen und Rassenunterschiede hinweg alle verbindet, die sich zu Christus bekennen. Diesen weltweiten Reichgottesdienst wollen wir pflegen. Mit unserer Mitarbeit am Werk von Stod-

holm und andern weltumspannenden Aufgaben der Christenheit nehmen wir es ernst. Die Kirche ruft zum Kampf und zum Einsatz aller Kräfte für die immer völligere Durchdringung des Volkslebens mit dem Geiste des Evangeliums. Solche Arbeit an der Seele unseres Volkes muß geschehen, gerade auch im Hinblick auf die uns entfremdeten Volksgenossen. Wir leben heute Volk und Vaterland von außen unterdrückt, im Innern zerrissen und zerklüftet. Die Kirche steht über den Parteien, sie läßt und gibt dem Staat, was des Staates ist. An ihre Glieder stellt die Kirche drei Forderungen: Sie will, daß jeder nach bestem Wissen und Gewissen dem Staatsganzem dient und für das Wohl der Gesamtheit Opfer bringt. Sie will, daß jedermann um des Wortes Gottes willen der staatlichen Ordnung untertan ist, sie will, daß jeder sich seiner Mitverantwortung bewußt ist und sich für alles einsetzt, was Volk und Staat erhält, bessert und fördert.

An den Reichspräsidenten wurde ein Ergebnistelegamm gefandt.

### Vanderveelde bestreitet Zugeständnisse an Deutschland

Brüssel, 22. Juni. Der Minister des Auswärtigen, Vanderveelde, stellt in Abrede, daß im Verlauf der letzten Völkerrundratsstagung in Genf seine Kollegen und er der Erteilung eines Sitzes in der Mandatskommission an Deutschland zugestimmt hätten. Die Frage sei nicht entschieden worden. Sie werde erst im September auf die Tagesordnung kommen, nachdem sich die Mandatskommission darüber geäußert hat. Was die Nachrichten über die Herabsetzung der Besatzungsbestände im Rheinland anbetreffe, so sei zu bemerken, daß die Frage für Belgien nicht existiert, da die belgischen Bestände seit mehreren Monaten auf das Mindestmaß herabgesetzt wurden. Die Frage der Räumung des Rheinlandes wurde überhaupt nicht gestellt.

### Pariser Verlegenheit über Poincarés Rede

Paris, 22. Juni. Die sozialistische und die radikale Kammerfraktion haben beschlossen, am Freitag in der Kammer eine Anfrage wegen Poincarés Luneville-Rede einzubringen. Bei den Radikalen wird wohl der frühere Minister Daladier interpellieren, bei den Sozialisten Fontanier, doch wird voraussichtlich auch Léon Blum in die Aussprache eingreifen. Die Radikalen werden sich erst am Freitag ver sammeln, weil sie wahrscheinlich ihre endgültige Haltung von der Antwort des deutschen Außenministers Stresemann im Reichstag abhängig machen. Die gemeinsame Offensive der Radikalen und Sozialisten gegen das Kabinett ist übrigens von Caillaux eingefädelt worden, der sich während des ganzen heutigen Tages in den Wandelgängen der Kammer aufgehalten und vor allem in Maloy, Barthou, Herriot und George Leygues lange gesprochen hat. Diese Politiker werden als die Verschwörer und künftigen Minister bezeichnet. Am Quai d'Orsay zeigt man sich über die Rede Poincarés in Luneville ziemlich verlegen. Begreiflicherweise kann man sie nicht offen tadeln. Man nimmt Poincaré in Schutz, indem man auf den zweiten Teil der Rede Bezug nimmt und ihn als Locarnisten bezeichnen will. Auch Briand kann nicht offen seinen Ministerpräsidenten verleugnen. Man versichert jedoch an unterrichteter Stelle von neuem — entgegen der Behauptung des Poincaré ergebenden Schriftleiters des „Echo de Paris“ Marcel Husin —, daß Briand über den genauen Inhalt der Rede nicht unterrichtet gewesen sei, jedenfalls nicht über ihren häßlichen Ton. Poincaré soll übrigens schon seit mehreren Monaten den Plan zu seiner Rede in sich getragen und diese dann bei der nächsten besten Gelegenheit losgelassen haben.

### Polen lernt von England

Warschau, 22. Juni. Das polnische Außenministerium hat gestern ohne besonderen Anlaß der Presse eine Erklärung über die Stellung der sowjetrussischen Handelsmission in Polen zugeleitet, in der erklärt wird, daß die Mission nicht als diplomatische Behörde angesehen werden könne. Es bestände kein internationaler Vertrag, durch die dieser Mission irgendwelche Vorrechte eingeräumt würden. Die Papiere, die sie ausstelle, unterlägen den gewöhnlichen Stempelgebühren.

### Finnische Beschwerde in Moskau

Reisingfors, 22. Juni. In einer an die Sowjetregierung gerichteten Note des auswärtigen Amtes vom 18. ds. Mos. wird der peinliche Eindruck betont, den die Erschießung des Oberstenleutnants Elovengren ohne Berücksichtigung des üblichen Gerichtsverfahrens und ohne eine Mitteilung an die finnische Regierung gemacht habe, auch unter Berücksichtigung der Mitteilung des Sowjetkommisariats, daß Elovengren keine finnische Staatsangehörigkeit nicht angegeben habe. Die finnische Regierung sei überzeugt, daß der erwähnte Umstand der Sowjetregierung bekannt gewesen sei, demzufolge lenke die finnische Regierung die Aufmerksamkeit auf ein Verfahren, das mit den Rechtsprinzipien der Kulturstaaten nicht übereinstimme und im Widerspruch mit den guten Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetregierung zu stehen geeignet sei.







